
Abteilung: 4.1 - Recht/Kommunalaufsicht
Fachbereich: Geschäftsbereich II
Sachbearbeiter: Herr Ulrich (Tel. 02641/975-358)
Aktenzeichen: 4.1 - ÖPNV
Vorlage-Nr.: 4.1/129/2020

TAGESORDNUNGSPUNKT

Beratungsfolge:	Sitzung am:	ö/nö:	Zuständigkeit:
Kreis- und Umweltausschuss	25.05.2020	öffentlich	Entscheidung

Monatliche Abschlagszahlungen im Rahmen der Zuschüsse für den gemeinwirtschaftlichen ÖPNV im Linienbündel Rhein-Ahr***Beschlussvorschlag:***

Der Kreis- und Umweltausschuss stimmt einem vorgezogenen Ausgleich für entgangene Einnahmen aus Fahrgelderlösen im Zuge der Corona-Pandemie an die DB Regiobus Rhein-Mosel GmbH für das Jahr 2020 in Höhe von monatlich 65.000,- € ab Mai 2020 zu.

Nachrichtlich: Nettokosten für den Landkreis Ahrweiler:

Die Maßnahme wird zu Mehrkosten in 2020 von rund 520.000,- € führen, die bei der Haushaltsaufstellung nicht vorhersehbar waren. Diese Mehrkosten werden ggf. im Rahmen eines Nachtragshaushaltes angemeldet und dort entsprechend berücksichtigt.

Darlegung des Sachverhalts / Begründung:

Die Corona-Pandemie hat im öffentlichen Nahverkehr zu weitreichenden Verwerfungen durch verschärfte Hygieneregeln und ein geändertes Kundenverhalten geführt. So wurde unter anderem ab dem 16.03.2020 landesweit der Vordereinstieg in die Busse des Nahverkehrs gesperrt. Seitdem ist ein Fahrscheinkauf beim Fahrer nicht mehr möglich. Durch diese und weitere Maßnahmen konnte der ÖPNV als wichtiges Angebot für die Bürgerinnen und Bürger aufrecht erhalten werden.

Gerade der fehlende Fahrscheinverkauf im Bus führt bei den Beförderungsunternehmen allerdings zu erheblichen Liquiditätsproblemen. Um diese auszugleichen, haben die Gesellschafter im VRM beschlossen, auch für den Zeitraum mit verminderter Fahrleistung vom 23.03. bis 19.04.2020 die vollen Monatsbeträge weiter auszahlen. Im Rahmen einer Eilentscheidung vom 26.03.2020 hat der Landkreis Ahrweiler diese Maßnahme beschlossen. Mit Schreiben vom 23.04.2020 an den Geschäftsführer des VRM, Herrn Stephan Pauly, bittet die DB Regiobus um eine weiterreichende Erhöhung der Liquidität.

Das Unternehmen ist im Landkreis Ahrweiler Konzessionär im Linienbündel Rhein-Ahr. Die Leistungserbringung ist im Rahmen eines Brutto-Vertrages geregelt. Dies bedeutet, dass das Verkehrsunternehmen einen festgesetzten Betrag zur Vertragserfüllung erhält. Hiervon werden die vom VRM geschätzten Einnahmen aus Fahrscheinverkäufen, die dem Kreis Ahrweiler als Aufgabenträger zustehen, abgezogen. Der Restbetrag wird dem Unternehmen in monatlichen Raten (ca. 355.000,- €) vom Landkreis gezahlt.

Durch den aktuellen Wegfall des Fahrscheinverkaufs in den Bussen werden nur noch sehr geringe Einnahmen in diesem Bereich erzielt. In die ausgehandelten Abschlagszahlungen fließen hier deutlich höhere Werte ein. Über eine Spitzabrechnung würde diese Differenz der DB Regiobus 2021 ohnehin durch den Kreis erstattet werden müssen. Zur Sicherung seiner Liquidität beantragt das Unternehmen nun eine Auszahlung von zusätzlich 65.000,- € pro Monat in 2020. Damit ergäbe sich bei Zahlung von Mai bis Dezember eine Jahressumme in Höhe von 520.000,- €. Der mit der DB Regiobus geschlossene Verkehrsvertrag steht einer solchen unterjährigen Änderung der Abschlagszahlung nicht entgegen.

Der VRM rät nach einer Plausibilitätsprüfung zur Auszahlung dieser Summe, um die Liquidität des Unternehmens selbst und die Zahlungen an Subunternehmen sicherzustellen. Das Schreiben des VRM ist beigelegt. Der Geschäftsführer des VRM, Herr Stephan Pauly, wird in der Sitzung für Fragen zur Verfügung stehen.

In Vertretung

Anja Toenneßen
Geschäftsbereichsleiterin